

Niederschrift

über die

Gremium 7. Sitzung des Hauptausschusses 2015	Sitzungstermin 12.11.2015	Tag der Absendung <i>20.11.15</i>
Sitzungsort Sitzungssaal Rathaus, Kaiserstr. 170, 58300 Wetter (Ruhr)	Sitzungsdauer 14:05 Uhr – 20:04 Uhr	Unterschriftsdatum 19.11.2015

Anwesend von den Mitgliedern des HA (15):

Vorsitz: BM Frank Hasenberg

<u>Anwesende Mitglieder</u>	
<u>SPD</u> Cornelsen, Wolfgang Fiolka, Johann Fröhning, Dirk König, Klaus (stv. AM) Stich, Kirsten Wolf-Laberenz, Rosi (stv. AM) Zinn, Dr. Peter	
<u>CDU</u> Palomba, Cosimo Müller, Christiane (stv. AM) Strümper, Gerhard	
<u>Bündnis90/Die Grünen</u> Haltaufderheide, Karen Uebelgünn, Jürgen (stv. AM)	
<u>BfW</u> Holland, Inge	
<u>CSR</u> Krüger, Christopher ab 15.15 Uhr, während TOP 6	
<u>FDP</u> Menninger, André	

Niederschrift zur 7. Sitzung des Hauptausschusses am 12.11.2015

Anwesend von der Verwaltung:

Herr Wagener	Fachbereichsleiter FB 1
Herr Dr. Thier	Fachbereichsleiter FB 2
Frau Wiese	Fachbereichsleiterin FB 3
Herr Sell	Fachbereichsleiter FB 4

Schriftführung:

Herr Langenbach	Fachdienstleiter FD 1/2
-----------------	-------------------------

Vor Eintritt in die Tagesordnung

1. begrüßt der Ausschussvorsitzende die Anwesenden;
2. stellt der Ausschussvorsitzende fest, dass
 - 2.1. der HA-Ausschuss bei 15 anwesenden Mitgliedern beschlussfähig ist;
 - 2.2. gegen die ordnungsgemäße Einladung kein Widerspruch erhoben wird;
3. weist der Ausschussvorsitzende darauf hin, dass folgende Unterlagen vor der Sitzung verteilt wurden:
 - Niederschrift über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 04.11.2015
 - Niederschrift über die Sitzung des Beirates für Menschen mit Behinderung am 03.11.2015
 - Einladung zu Sondersitzung des Schul- und Kulturausschusses am 26.11.2015
 - Tischvorlage Drucksache Nr. 2015147
4. teilt der Ausschussvorsitzende mit, dass die Tagesordnung der heutigen Sitzung wie folgt geändert wird:
 - Beratung der Drucksache 2015143 unter TOP 2
 - Beratung der Drucksache 2015144 unter TOP 3
 - Beratung der Tischvorlage, Drucksache 2015147 unter TOP 4
 - Beratung der aus der Hauptausschusssitzung am 05.11.2015 geschobenen Vorlage mit der Drucksache 2015125 unter TOP 5
 - Beratung des bisherigen TOP 3 (Drucksache 2015141) unter dem neuen TOP 6
 - Beratung des bisherigen TOP 2 (Drucksache 2015126) unter dem neuen TOP 7
 - Neuaufnahme des TOP Mitteilungen in öffentlicher Sitzung unter TOP 8
 - Neuaufnahme des TOP Anfragen in öffentlicher Sitzung unter TOP 9
 - Die bisherigen TOP 4 und 5 im Nichtöffentlichen Teil werden zu den neuen TOP 10 und 11
5. stimmt der Ausschuss der so ergänzten und geänderten Tagesordnung zu.

TAGESORDNUNG

Öffentlicher Teil

1. Einwohneranfragen

keine

2. Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen bei der Buchungsstelle 10.05.01.543190 - GWG unter 410 €
Drucksache 2015143

Nach einer Diskussion formuliert der Ausschussvorsitzende folgenden **Beschlussvorschlag**:
Der Hauptausschuss genehmigt den im Wege der Dringlichkeit gefassten Beschluss, dass gemäß § 83 GO überplanmäßige Aufwendungen in Höhe von 80.000,00 Euro bei der Buchungsstelle 10.05.01.543190 genehmigt werden. Durch die vorliegende erhöhte Zuwendung des Landes werden die Mehraufwendungen durch Mehrerträge gedeckt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

3. Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen bei der Buchungsstelle 10.05.01.528100 - sonstige Aufwendungen für Sachleistungen
Drucksache 2015144

Der Ausschussvorsitzende formuliert folgenden **Beschlussvorschlag**:
Der Hauptausschuss genehmigt den im Wege der Dringlichkeit gefassten Beschluss, dass gemäß § 83 GO überplanmäßige Aufwendungen in Höhe von 20.000,00 Euro bei der Buchungsstelle 10.05.01.528100 genehmigt werden. Durch die vorliegende erhöhte Zuwendung des Landes werden die Mehraufwendungen durch Mehrerträge gedeckt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

4. Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen im Produkt 05.03.04- Hilfen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz
Drucksache 2015147

Beschlussvorschlag:

Es wird beschlossen, dass gemäß § 83 GO überplanmäßige Aufwendungen in Höhe von 250.000,00 Euro bei verschiedenen Transferaufwendungen im Produkt 05.03.04 genehmigt werden.

Die Mehraufwendungen werden durch Mehrerträge bei der Buchungsstelle 05.03.04.448100 - Erstattungen für die Betreuung asylbegehrender Ausländer - gedeckt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

5. Sportanlage, Sportplatz Oberwengern
hier: Darstellung von Ausbau-/Überarbeitungsvarianten für die zukünftige Nutzung für Schul- und Allgemeinsport
Drucksache 2015125

Es besteht im Ausschuss Einigkeit, die Angelegenheit im Rahmen der Haushaltsberatungen unter TOP 6 zu beraten.

Niederschrift zur 7. Sitzung des Hauptausschusses am 12.11.2015

6. Haushaltssatzung und Stellenplan 2016, Haushaltssicherungskonzept 2016-2022 (Fortschreibung) **Drucksache 2015141**

Der Ausschussvorsitzende schlägt vor, produktweise vorzugehen. Die Anträge der CDU-Fraktion zum Haushalt sind nicht fristgerecht eingegangen und werden deshalb im Rat beraten.

Herr Uebelgünn gibt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eine Protokollnotiz zum Thema aktivierte Eigenleistungen, Rückstellungen für Mehrarbeit und Urlaub, Anfangsbestand an Finanzmitteln und gegenseitige Deckungsfähigkeit von Abschreibungen ab. Die Protokollnotiz ist als Anlage 1 zu diesem Tagesordnungspunkt der Niederschrift beigefügt.

Frau Haltaufderheide stellt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen folgenden Antrag: Für den Arbeitskreis zur Vorbereitung eines Integrationsbeirats soll im Produkt 01.01.01 ein Betrag in Höhe von 500 Euro vorgesehen werden.

Nach der Mitteilung von Frau Wiese, dass der Ansatz insgesamt auskömmlich ist und dass die Erläuterung geändert wird, wird der Antrag zurückgezogen.

Frau Haltaufderheide stellt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen folgenden Antrag: Die Verwaltung soll die in den Produkten 01.03.03 und 02.01.01 vorgesehenen Beschaffungen von Dienstwagen als Car-Sharing-Autos vornehmen.

Herr Sell erläutert, dass der Dienstwagen für den Kurierdienst wieder als Werbefahrzeug beschafft wird. Dies ist in der 1. Änderungsliste verarbeitet.

Im Ausschuss besteht Einvernehmen, dass die Verwaltung prüft, das andere Fahrzeug im Wege des Car-Sharings zu beschaffen oder zu nutzen. Frau Haltaufderheide gibt eine Ausarbeitung zum Thema Car-Sharing zu Protokoll, die als Anlage 2 zu diesem Tagesordnungspunkt der Niederschrift beigefügt ist.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stellt die Frage, warum die Bekanntmachungskosten im Produkt 01.03.03 durch die ZVS steigen. Die Verwaltung sagt eine Beantwortung im Protokoll zu.

Antwort der Verwaltung:

Im nächsten Jahr ändert sich das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen mit geänderten Veröffentlichungspflichten. Weiterhin werden Vergaben für den Stadtbetrieb gegen Kostenerstattung übernommen.

Herr Dr. Zinn beantragt für die SPD-Fraktion die Mittel im Produkt 01.04.01 für das Stadtjubiläum mit Stadtilm von 2015 nach 2016 zu übertragen.

Nach der Mitteilung von Herrn Wagener, dass sich hinter der Zeile 15 zwei Buchungsstellen verbergen, die in einen Deckungskreis aufgenommen werden und dass die Buchungsstelle bei der Ermächtigungsübertragung berücksichtigt wird, wird der Antrag zurückgezogen.

Frau Haltaufderheide bittet für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen um eine Übersicht über die Kosten des Ratsinformationssystems bis zu Ratssitzung.

Niederschrift zur 7. Sitzung des Hauptausschusses am 12.11.2015

Frau Haltaufderheide stellt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen folgenden Antrag:
Die Mittel im Produkt 01.07.01 für die externe Beratung zum Verfahren Stork sollen gestrichen werden.

Abstimmungsergebnis:

Dafür: 6
Dagegen: 10
Enthaltungen: 0
Damit ist der Antrag abgelehnt.

Frau Haltaufderheide stellt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen folgenden Antrag:
Die Mittel im Produkt 01.08.02 für den Farb-Produktionskopierer sollen gestrichen werden und es sollen Druckaufträge extern vergeben werden.

Nach der Mitteilung von Herrn Wagener, dass sich die Verwaltung lt. 1. Änderungsliste für eine andere Lösung, die nur halb so hohe Investitionsausgaben nach sich zieht, entschieden hat, wird der Antrag zurückgezogen.

Im Produkt 01.08.03 beantwortet Herr Sell offene Fragen aus dem Schul- und Kulturausschuss zur Veranschlagung der besonderen Bauunterhaltung im Stadtsaal. Herr Krüger bittet um Übersendung des Gutachtens an die Fraktionen.

Herr Strümper stellt für die CDU-Fraktion folgenden Antrag (Anlage 3 zu diesem TOP):
Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwieweit die Hackschnitzelanlage an der Wasserstraße 16-18 durch eine nachhaltigere, umweltbewusstere Methode, anstelle des in der 1. Änderungsliste Erläuterung 17 aufgeführten Austauschs durch eine neue Gasanlage, möglich ist.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Herr Strümper stellt für die CDU-Fraktion und die CSR-Fraktion folgenden gemeinsamen Antrag (Anlage 4 zu diesem TOP):
Die Fraktionen beantragen, die Erneuerung der Asphaltdecke auf dem Schulhof der Katholischen Grundschule im Jahr 2016 durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

Dafür: 5
Dagegen: 11
Enthaltungen: 0
Damit ist der Antrag abgelehnt.

Herr Strümper stellt für die CDU-Fraktion folgenden Antrag:
Die CDU-Fraktion beantragt, die Erneuerung von 5 Klassentüren sowie 3 schalldichte Türen in der Katholischen St. Rafael Grundschule im Jahr 2016 durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

Dafür: 5
Dagegen: 11
Enthaltungen: 0
Damit ist der Antrag abgelehnt.

Auf Anfrage von Frau Müller prüft die Verwaltung das Auslaufen der Contractingverträge in der GGS Alt-Wetter.

Niederschrift zur 7. Sitzung des Hauptausschusses am 12.11.2015

Herr Strümper stellt für die CDU-Fraktion folgenden Antrag:

Die CDU-Fraktion beantragt, in dem Grundschulgebäude Esborn den Umbau des Kellerraumes einschließlich des Fluchtwegs in 2016 durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

Dafür: 5
Dagegen: 11
Enthaltungen: 0
Damit ist der Antrag abgelehnt.

Frau Müller stellt für die CDU-Fraktion folgenden Antrag:

Die CDU-Fraktion beantragt, für die Grundschule Esborn die Anschaffung eines Stuhlcontainers in 2016 vorzusehen.

Der Ausschussvorsitzende legt in der Zeit von 16.25 Uhr bis 16.48 Uhr eine Beratungspause ein.

Abstimmungsergebnis:

Dafür: 10
Dagegen: 0
Enthaltungen: 1
Damit ist der Antrag angenommen.

Der Verwaltung sagt die Prüfung des Personalaufwandes für die Produkte 03.01.08 und 03.01.09 und ggf. Aufnahme in die 2. Änderungsliste zu.

Herr Strümper stellt für die CDU-Fraktion folgenden Antrag:

Die CDU-Fraktion beantragt, zur notwendigen Sanierung der naturwissenschaftlichen Räume im Geschwister-Scholl-Gymnasium zumindest 250.000 Euro in die Finanzplanung aufzunehmen und bereits 2016 mit der Maßnahme zu beginnen.

Die Verwaltung verweist auf die Veranschlagung von 50.000 Euro Planungskosten in der 1. Änderungsliste.

Abstimmungsergebnis:

Dafür: 5
Dagegen: 11
Enthaltungen: 0
Damit ist der Antrag abgelehnt.

Herr Strümper stellt für die CDU-Fraktion folgenden Antrag:

Die CDU-Fraktion beantragt, zur notwendigen EDV-Vernetzung im Geschwister-Scholl-Gymnasium erforderlichen Betrag, zumindest 50.000 Euro, in die Finanzplanung aufzunehmen und bereits 2016 mit der Durchführung der Maßnahme zu beginnen.

Abstimmungsergebnis:

Dafür: 5
Dagegen: 11
Enthaltungen: 0
Damit ist der Antrag abgelehnt.

Herr Strümper fragt an, warum die im Haushaltsplan 2015 für 2016 vorgesehene Erneuerung der Lüftungsanlage im Geschwister-Scholl-Gymnasium gestrichen wurde. Herr Sell sagt eine Beantwortung im Rat zu.

Es besteht Einigkeit, dass die Außenbeleuchtung am Gymnasium geprüft werden muss und kurzfristige Maßnahmen zur Gefahrenbeseitigung ergriffen werden sollen.

Niederschrift zur 7. Sitzung des Hauptausschusses am 12.11.2015

Auf Anregung von Frau Haltaufderheide prüft die Verwaltung die Maßnahmen 33-36 des Haushaltssicherungskonzeptes zu Einsparungen in der Musikschule auf mögliche doppelte Veranschlagungen.

Herr Strümper stellt für die CDU-Fraktion folgenden Antrag:

Die CDU-Fraktion beantragt, für das Projekt INKA einen Zuschuss der Stadt in Höhe von 10.000 Euro in den Haushalt 2016 einzustellen.

Im Ausschuss besteht Einvernehmen die 10.000 Euro bereitzustellen und mit einem Sperrvermerk (Aufhebung durch Schul- und Kulturausschuss) zu versehen. Damit erübrigt sich eine Abstimmung über den Antrag.

Die Erläuterungen zu Nr. 6 im Produkt 05.03.05 stimmen nicht und müssen angepasst werden.

Herr Menninger stellt für die FDP-Fraktion und die SPD-Fraktion folgenden gemeinsamen Antrag (Anlage 5 zu diesem TOP):

Die Ratsfraktion der SPD Wetter (Ruhr) und die Ratsfraktion der FDP Wetter (Ruhr) beantragen gemeinsam, im Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2016 unter Produkt 08.02.01 eine Summe von 120.000 Euro bereitzustellen, zweckbestimmt für eine Sanierung des Sportplatzes Oberwengern. Diese Sanierung soll die zukunftssichere Wiederherstellung des Sportplatzes als Bewegungsfläche und Unterrichtsraum für das Geschwister-Scholl-Gymnasium sicherstellen, daher muss insbesondere die Instandsetzung der Drainage des Platzes beinhaltet sein. Die sonstige Ausgestaltung des Platzes soll sich an den Erfordernissen des Schulsports — nicht des Leistungssports — orientieren.

Der Ausschussvorsitzende legt in der Zeit von 18.24 Uhr bis 18.33 Uhr eine Beratungspause ein.

Herr Strümper für die CDU-Fraktion und Frau Haltaufderheide für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bitten um Darstellung der technischen Details in einer Vorlage zur Ratssitzung.

Herr Krüger stellt für die CSR-Fraktion folgenden Antrag:

Der Hauptausschuss fasst keinen Beschluss. Die Beschlussfassung wird in den Rat verschoben.

Zunächst lässt der Ausschussvorsitzende über den Antrag der CSR-Fraktion abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Dafür: 5
Dagegen: 10
Enthaltungen: 1
Damit ist der Antrag abgelehnt.

Danach lässt der Ausschussvorsitzende über den Antrag der FDP-Fraktion und der SPD-Fraktion abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Dafür: 14
Dagegen: 0
Enthaltungen: 2
Damit ist der Antrag angenommen.

Frau Haltaufderheide stellt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen folgenden Antrag:
Die Mehrerträge durch Innenwerbung sollen im Produkt 08.03.02 gestrichen werden.

Abstimmungsergebnis:

Dafür: 12
Dagegen: 3
Enthaltungen: 1
Damit ist der Antrag angenommen.

Niederschrift zur 7. Sitzung des Hauptausschusses am 12.11.2015

Frau Haltaufderheide stellt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen folgenden Antrag:
Die Mehrerträge durch Baugenehmigungsgebühren für das Gewerbegebiet „Am Stork“ sollen im Produkt 10.01.01 gestrichen werden.

Abstimmungsergebnis:

Dafür: 6
Dagegen: 10
Enthaltungen: 0

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Herr Uebelgünn stellt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen folgenden Antrag zum Produkt 12.01.01 (Anlage 6 zu diesem TOP):

Die Grünen beantragen, die auf den Seiten 368 und 371 des Haushaltsentwurfes 2016 dargestellten Investitionsmaßnahmen einzeln und detailliert mit den Folgeaufwendungen für den Haushalt darzustellen.

Nach der Zusage der Verwaltung, eine Tabelle mit den Straßenklassen und Nutzungsdauern zu erstellen, wird der Antrag zurückgezogen.

Frau Haltaufderheide stellt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, den bereits im Umwelt- und Verkehrsausschuss gestellten Antrag:

Im Produkt 12.01.01 sollen 30.000 Euro als Planungsmittel für die Ertüchtigung des Radwegernetzes für den Alltagsradverkehr eingestellt werden.

Nach der Zusage von Herrn Sell, von einschlägigen Anbietern ein Angebot einzuholen, dieses im Umwelt- und Verkehrsausschuss vorzustellen und danach eine Veranschlagung im Haushaltsplan 2017 vorzunehmen, wird der Antrag zurückgezogen.

Frau Haltaufderheide stellt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen folgenden Antrag:

Im Produkt 13.01.01 wird die Reduktion der Grünflächenpflege anhand des Leistungsminderungskonzeptes für 2016 ausgesetzt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Herr Dr. Zinn hat an der Abstimmung nicht teilgenommen.

Auf Anregung von Herrn Uebelgünn prüft die Verwaltung der Veranschlagung der Investitionen im Produkt 13.01.03.

Auf Anregung von Frau Müller wird die Verwaltung den Erlös aus dem Holzverkauf im Produkt 13.02.01 erläutern.

Herr Uebelgünn stellt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen folgenden Antrag:

Die Mittel für die Vermarktung des Gewerbegebietes „Am Stork“ im Produkt 15.01.01 sollen gestrichen werden.

Abstimmungsergebnis:

Dafür: 6
Dagegen: 10
Enthaltungen: 0

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Herr Uebelgünn stellt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen folgenden Antrag:

Im Produkt 15.01.02 sollen 3.000 Euro für die Erstellung eines Leistungsverzeichnisses für die Bühnenorganisation auf dem Seefest gestrichen werden.

Nach Erläuterung wird der Antrag zurückgezogen.

Niederschrift zur 7. Sitzung des Hauptausschusses am 12.11.2015

Der Ausschussvorsitzende lässt dann über den **Beschlussvorschlag** der Verwaltung abstimmen:

Es wird beschlossen, dem Rat zu empfehlen, den Entwürfen der Haushaltssatzung und des Stellenplanes 2016 unter Einbeziehung der inzwischen eingetretenen Änderungen und Ergänzungen sowie der von den Fachausschüssen und dem Hauptausschuss vorgeschlagenen Änderungen zuzustimmen. Ferner wird beschlossen, dem Rat zu empfehlen, das Haushaltssicherungskonzept 2016 – 2022 (Fortschreibung) in der Fassung des Beratungsergebnisses zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

Dafür: 9

Dagegen: 3

Enthaltungen: 3

Damit ist der Antrag angenommen.

Frau Müller hat an der Abstimmung nicht teilgenommen.

7. Änderung der Hebesatzsatzung für die Stadt Wetter (Ruhr) **Drucksache 2015126**

Beschlussvorschlag:

Es wird beschlossen, die 3. Änderungssatzung zur Satzung über die Festsetzung der Hebesätze für die Grund- und Gewerbesteuer in der Stadt Wetter (Ruhr) lt. Anlage zu erlassen.

Abstimmungsergebnis:

Dafür: 11

Dagegen: 3

Enthaltungen: 2

Damit ist der Antrag angenommen.

8. Mitteilungen

Herr Wagener weist auf den Rundbrief des Städte- und Gemeindebundes 256/15 zu einer Gerichtsentscheidung des OVG NRW hin. Danach ist der Erlass, dass eine Genehmigung des Haushalts 2016 erst nach Beschluss über den Jahresabschluss 2013 erfolgen kann, nicht mehr gültig. Allerdings wird zügig mit einem neuen Erlass seitens des Landes gerechnet.

In der Sitzung des Hauptausschusses am 05.11.2015 fragte Frau Stich, ob dringliche Entscheidungen des Jugendhilfeausschusses auch im Rat getroffen werden könnten. Hierzu teilt der Ausschussvorsitzende mit: Ja, sofern es um keine ausschließlich dem Jugendhilfeausschuss vorbehaltenen Entscheidungen geht. Hinsichtlich der Beantragung von Fördergeldern dürfte daher der Rat ebenfalls abschließend entscheiden können.

Der Ausschussvorsitzende berichtet über eine Einladung der Bezirksregierung am 08.12.2015 nach Arnsberg. Es soll um die Flüchtlingsproblematik gehen. Spontan erklären sich Frau Stich und Herr Uebelgünn bereit, mit dem Vorsitzenden nach Arnsberg zu fahren. Ein weiterer Interessent kann sich im BMB melden.

Der Ausschussvorsitzende berichtet darüber, dass in der letzten Hauptausschusssitzung verabredet wurde, auf städtischer Ebene einen Arbeitskreis zum Thema Solidarpakt EN ins Leben zu rufen. Interessenten sollen sich im BMB melden.

Niederschrift zur 7. Sitzung des Hauptausschusses am 12.11.2015

Frau Wiese berichtet zum Thema Flüchtlinge, dass sich derzeit ca. 400 Flüchtlinge in Wetter (Ruhr) befinden. In der laufenden Woche wurden 21 Personen zugewiesen. Wohnraum ist noch ausreichend vorhanden. Sowohl private Anbieter als auch Wohnungsgesellschaften können noch Wohnungen zur Verfügung stellen. Es ist ein größeres Gebäude erforderlich, wenn die Zuweisungen weiterhin in diesem Maße anhalten. Zurzeit sind für den Transport von Menschen und Material der Jugendamtsbus (führt auch zu Konflikten), 2 Transportbusse, Wagen des Stadtbetriebes und des Frauenheimes eingesetzt. In diesem Bereich müssen mehr Mitarbeiter eingesetzt werden und auch die 2 teilzeitbeschäftigten Hausmeister sollen Vollzeit beschäftigt werden.

9. Anfragen von Ausschussmitgliedern

Frau Holland teilt mit, sie sei enttäuscht vom Kämmerer. Dieser würde Gelder verteilen und deswegen müssten die Hebesätze erhöht werden. Die SPD-Fraktion wolle eine Million Euro für Schulen in den Haushalt einstellen. Herr Wagener antwortet, dass es jeder Fraktion freigestellt sei, Anträge zum Haushalt zu stellen und nur die Beratung und Beschlussfassung in den politischen Gremien für ihn bindend sei.

Frau Stich bittet darum, dass die Förderanträge aus dem Jugendhilfeausschuss als Tischvorlage im Rat behandelt werden.

Herr Strümper fragt an, ob der Verwaltung bekannt sei, dass bis zum 30.01.2016 Anträge zum Ausbau des Schienenverkehrs innerhalb des ÖPNV-Bedarfsplans gestellt werden müssen. Herr Sell antwortet, dass dies bekannt sei. Seitens der Stadt wird der Antrag gestellt, innerhalb des RRX-Konzeptes die RE4 in Wetter halten zu lassen. Vermessungen sind am Bahnsteig Wetter erfolgt. Der Ausbau ist nicht Sache der Stadt.

Protokollerklärung der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Haushaltsdebatte in der Hauptausschusssitzung am 12.11.2015

Die Grünen beanstanden, wie auch in den vergangenen Jahren, u.a. folgende formalen bzw. haushaltstechnischen Mängel in dem vorgelegten Haushaltsentwurf 2016:

1. aktivierte Eigenleistungen

Die aktivierten Eigenleistungen (jeweils Zeile 8 im Ergebnisplan) müssen bei dem leistenden Produkt und nicht bei dem die Leistung empfangenden Produkt als Ertrag veranschlagt werden.

Im Haushaltsplan 2015 wurde angekündigt, eine Überprüfung erfolge im Rahmen der Erstellung der Jahresabschlüsse. Das Ergebnis der Prüfung ist bisher nicht mitgeteilt worden.

2. Rückstellungen für Mehrarbeit und Urlaub

Die Praxis der Verwaltung, zum Jahresbeginn die entsprechenden Rückstellungen ertragswirksam aufzulösen und am Jahresende wieder als Rückstellung zu buchen entspricht nicht den regeln der doppelten Buchführung: die Erträge und die Aufwendungen werden im Ergebnisplan um einen sechsstelligen Betrag zu hoch ausgewiesen.

3. Anfangsbestand an Finanzmitteln

Der im Gesamtfinanzplan in Zeile 37 auszuweisende Anfangsbestand an Finanzmitteln steht immer noch auf „0“, was zu dem absurden Endbestand (ausgewiesen zum Jahresende 2016) von -5.605.758 € führt, und die Frage aufwirft, ob ein Bestand überhaupt negativ sein kann.

Im übrigen wird auf Seite 51 des Vorberichts durchaus der voraussichtliche Kassenbestand bei der Berechnung der Zinsaufwendungen berücksichtigt.

4. Gegenseitige Deckungsfähigkeit von Abschreibungen

Da die bilanziellen Abschreibungen durch Division der Investitionsausgabe durch die Nutzungszeit ermittelt werden, gibt es keinen vernünftigen Grund dafür, die Abschreibungen für gegenseitig deckungsfähig zu erklären. § 10 der Haushaltssatzung muss entsprechend geändert werden.

Was ist Car-Sharing

Car-Sharing ist die organisierte gemeinschaftliche Nutzung eines oder mehrerer Fahrzeuge. Dabei ist eine kurzfristige und kurzzeitige Nutzung dieser Fahrzeuge möglich.

Wer betreibt Car-Sharing?

Car-Sharing wird in der Regel durch eine entsprechende Organisation angeboten. In der Nachbarschaft von Wetter gibt es derzeit zwei Anbieter: In Hagen und Witten Flinkster www.flinkster.de. Dies ist ein Angebot der Deutschen Bahn. Der Vorteil hier ist, dass den Nutzern problemlos ein bundesweites Angebot zur Verfügung steht. In Herdecke werden derzeit 4 PKW an drei Standorten durch den Verein Stadt-Auto www.stadt-auto-herdecke.de betrieben.

Wo werden die Fahrzeuge stehen?

Wenn die Stadt Wetter an einem Car-Sharing Angebot teilnimmt, werden die Fahrzeuge auf den Parkplätzen der jeweiligen Verwaltungsgebäude stehen. Diese werden durch ein Kartensystem oder ein Schlüsseltresor für die jeweiligen Nutzer zugänglich sein.

Wird die Stadt Anbieter von Car-Sharing?

Die Fahrzeuge werden entweder durch die Car-Sharing Anbieter gestellt. Dann wird die Stadt nur für die jeweilige Nutzung der Fahrzeuge zahlen. Oder die Stadt stellt die Fahrzeuge des jeweiligen Car-Sharing Anbieters zur Verfügung und durch einen Vertrag können dann andere Nutzer auf die Fahrzeuge zugreifen. Die Erlöse aus dieser Nutzung erhält die Stadt. Die Organisation des Auto-teilens übernimmt i.d.R. der jeweilige Anbieter.

Kann es sein, dass die Stadt das Auto nicht zur Verfügung hat?

Die Fahrzeuge werden für die Zeiten, in denen die Stadtverwaltung einen Zugriff auf diese Autos haben muss, nicht an andere Nutzer freigegeben. Eine Nutzung kann also erst am Abend oder am Wochenende durch andere Car-Sharer erfolgen.

Wer wartet und reinigt die Fahrzeuge?

Dies muss mit dem jeweiligen Anbieter vertraglich geregelt werden.

Wer haftet für Schäden durch andere Nutzer?

Die Autos haben in der Regel eine Vollkaskoversicherung. Für Schäden ist ansonsten der jeweilige Nutzer haftbar.

Kann die Stadt auch andere Autos nutzen?

In der Regel können die Autos, die von dem jeweiligen Anbieter betrieben werden, auch genutzt werden.

Wie kann das Auto gebucht werden?

Eine Buchung erfolgt über das Internet.

Weitere Informationen unter: carsharing.de

CDU Wetter (Ruhr) - Fraktion
G. Strümper · Wilhelmstr. 29a · 58300 Wetter

An den Bürgermeister
der Stadt Wetter (Ruhr)
Herrn Frank Hasenberg
Rathaus
58300 Wetter (Ruhr)

Ihr Ansprechpartner:

Gerhard Strümper

- Vorsitzender -

Wilhelmstr. 29a
58300 Wetter (Ruhr)
Tel.: 02335 1033
Fax: 02335 1025
E-Mail: struemper@cdu-wetter.de

12. November 2015

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Hasenberg,
sehr geehrte Damen und Herren,

die **CDU**-Fraktion im Rat der Stadt Wetter (Ruhr) bittet Sie, den nachfolgenden Antrag zur

Hackschnitzelanlage / -heizung des Stadtbetriebes

dem Rat und seinen Gremien zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, in wie weit die Hackschnitzelanlage an der Wasserstraße 16-18 durch eine nachhaltigere, umweltbewusstere Methode, anstelle des in der 1. Änderungsliste Erläuterung 17 aufgeführten Austauschs durch eine neuen Gasanlage, möglich ist.

Begründung:

Die ökologisch nachhaltige Hackschnitzelanlage, die u.a. als Maßnahme im Klimaschutzkonzept aufgeführt ist, sollte nicht durch eine Gasheizung, sondern vielmehr durch eine andere nachhaltige Heizung abgelöst werden.

Nur so lässt sich das Klimaschutzkonzept, dass im letzten Umwelt- und Verkehrsausschuss und auch im letzten Hauptausschuss einstimmig mit der Hackschnitzelanlage beschlossen wurde, auch glaubhaft leben.

Mit freundlichen Grüßen
für die **CDU**-Fraktion


Gerhard Strümper
- Vorsitzender -

CDU Wetter (Ruhr) - Fraktion
G. Strümper · Wilhelmstr. 29a · 58300 Wetter

An den Bürgermeister
der Stadt Wetter (Ruhr)
Herrn Frank Hasenberg
Rathaus
58300 Wetter (Ruhr)

Ihr Ansprechpartner:

Gerhard Strümper

- Vorsitzender -

Wilhelmstr. 29a
58300 Wetter (Ruhr)
Tel.: 02335 1033
Fax: 02335 1025
E-Mail: struemper@cdu-wetter.de

2. November 2015

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Hasenberg,
sehr geehrte Damen und Herren,

die **CDU**-Fraktion im Rat der Stadt Wetter (Ruhr) bittet Sie, im Nachgang zum

Schul- und Kulturausschuss vom 22.10.2015

den nachfolgenden Antrag dem Rat und seinen Gremien zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen:

Die CDU-Fraktion beantragt, die Erneuerung der Asphaltdecke auf dem Schulhof der Katholische Grundschule im Jahr 2016 durchzuführen.

Begründung:

Die Maßnahme stand eigentlich schon für 2015 im Haushalt und ist jetzt nach 2018 verschoben worden. Da es sich um sicherheitsrelevante Arbeiten handelt, ist aus Sicht der **CDU**-Fraktion sofortiger Handlungsbedarf gegeben.

Mit freundlichen Grüßen
für die **CDU**-Fraktion


Gerhard Strümper
- Vorsitzender -

**Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Freie Demokratische Partei**



Fraktionen im Rat der Stadt Wetter (Ruhr)

An den
Bürgermeister der Stadt Wetter (Ruhr)
Herrn Frank Hasenberg
Kaiserstraße 170
58300 Wetter (Ruhr)

Wetter (Ruhr), den 12. November 2015

Gemeinsamer Antrag zum HA 7/2015

Die Ratsfraktion der SPD Wetter (Ruhr) und die Ratsfraktion der FDP Wetter (Ruhr) beantragen gemeinsam, im Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2016 unter Produkt 08.02.01 eine Summe von 120.000 Euro bereitzustellen, zweckbestimmt für eine Sanierung des Sportplatzes Oberwengern. Diese Sanierung soll die zukunftsichere Wiederherstellung des Sportplatzes als Bewegungsfläche und Unterrichtsraum für das Geschwister-Scholl-Gymnasium sicherstellen, daher muss insbesondere die Instandsetzung der Drainage des Platzes beinhaltet sein. Die sonstige Ausgestaltung des Platzes soll sich an den Erfordernissen des Schulsports – nicht des Leistungssports – orientieren.

Begründung:

Im o. g. Produkt stehen für Arbeiten am Sportplatz Oberwengern bisher 80.000 Euro unter einem Sperrvermerk bereit. Diese Summe ist nach Beratungsverlauf nicht ausreichend, um eine dauerhafte (12 – 15 Jahre) Nutzbarkeit des Sportplatzes für den Schulsport zu gewährleisten, der Unterbau des Platzes, insbesondere die Drainage, defekt ist. Die geschätzte Nutzungsdauer eines unter den aktuellen Bedingungen hergerichteten Platzes beträgt aufgrund dieser Entwässerungsproblematik nur zwei bis vier Jahre, dann müsste eine erneute oberflächliche Instandsetzung mit ähnlichem Volumen erfolgen.

Da eine derartige absehbare Verschwendung von Steuergeldern unter allen Umständen vermieden werden muss, ist mehr Geld bereitzustellen, um eine zukunftsichere und tragfähige Lösung angehen zu können. Das GSG muss wieder in der Lage sein, Sportunterricht im Freien ohne teure und schulorganisatorisch hochproblematische Bustransporte durchführen zu können.

Mit freundlichen Grüßen,

Dirk Fröhning
Fraktionsvorsitzender SPD

André Menninger
Fraktionsvorsitzender FDP

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Sitzung des Hauptausschusses vom 12.11.2015 zum Tagesordnungspunkt „Haushaltsberatung“

Die Grünen beantragen, die auf den Seiten 368 und 371 des Haushaltsentwurfes 2016 dargestellten Investitionsmaßnahmen einzeln und detailliert mit den Folgeaufwendungen für den Haushalt darzustellen.

Begründung:

§ 8 des Entwurfs der Haushaltssatzung lautet: **„In den Teilfinanzplänen sind Investitionsauszahlungen gem. § 4 Abs. 4 Satz 2 GemHVO NRW ab 30.000,00 € als Einzelmaßnahmen auszuweisen.“** Lediglich die Klimaschutzsiedlung Schmandbruch ist einzeln in der Investitionsmaßnahme 69 ausgewiesen. Die Einnahmen aus Beiträgen nach § 8 KAG sind dagegen in der Investitionsmaßnahme 71, die Investitionsausgaben für die Straßenbaumaßnahmen in der Investitionsmaßnahme 74 zusammengefasst worden.

Weiterhin bestimmt § 14 Abs. 2 GemHVO NRW: **„Ermächtigungen für Baumaßnahmen dürfen im Finanzplan erst veranschlagt werden, wenn Baupläne, Kostenberechnungen und Erläuterungen vorliegen, aus denen die Art der Ausführung; die Gesamtkosten der Maßnahme, getrennt nach Grunderwerb und Herstellungskosten, einschließlich der Einrichtungskosten sowie der Folgekosten ersichtlich sind und denen ein Bauzeitplan beigelegt ist. Die Unterlagen müssen auch die voraussichtlichen Jahresauszahlungen unter Angabe der Kostenbeteiligung Dritter, und die für die Dauer der Nutzung entstehenden jährlichen Haushaltsbelastungen ausweisen.“**

Wir bitten um Ergänzung der Liste der Straßenbauinvestitionen durch die Spalten „Nutzungszeit“, „Abschreibungen je Jahr“, „Straßenbaubeiträge der Anlieger“, „Erträge aus Auflösung dieser Beiträge je Jahr“ und „Straßenkategorie“.

3. Änderungssatzung vom ...
zur Satzung über die Festsetzung der Hebesätze
für die Grund- und Gewerbesteuer
in der Stadt Wetter (Ruhr) vom 18.12.2007

Aufgrund des § 25 des Grundsteuergesetzes vom 07.08.1973 (BGBl. I S. 965) zuletzt geändert durch Gesetz vom 19.12.2008 (BGBl. I S. 2794), des § 16 des Gewerbesteuergesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 15.10.2002 (BGBl. I S. 4167) zuletzt geändert durch Gesetz vom 26.06.2013 (BGBl. I S. 1809) und des § 1 des Gesetzes über die Zuständigkeit für die Festsetzung und Erhebung der Realsteuern vom 16.12.1981 (GV NRW S. 732) i.V. mit § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NRW S. 666) zuletzt geändert durch Gesetz vom 25.06.2015 (GV NRW S. 496) hat der Rat der Stadt Wetter (Ruhr) am 26.11.2015 die nachstehende Satzung beschlossen:

1. § 1 erhält folgende Fassung:

Die Hebesätze für die Grundsteuern und für die Gewerbesteuer werden für das Gebiet der Stadt Wetter (Ruhr) wie folgt festgesetzt:

1. Grundsteuer	
a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A)	220 v.H.
b) für die Grundstücke (Grundsteuer B)	500 v.H.
2. Gewerbesteuer	490 v.H.

2. § 2 erhält folgende Fassung:

Der Hebesatz der Grundsteuer B gilt ab dem Haushaltsjahr 2016. Der Hebesatz der Gewerbesteuer gilt ab dem Haushaltsjahr 2014 und wird nicht verändert. Der Hebesatz der Grundsteuer A gilt ab dem Haushaltsjahr 2004 und wird ebenfalls nicht verändert.

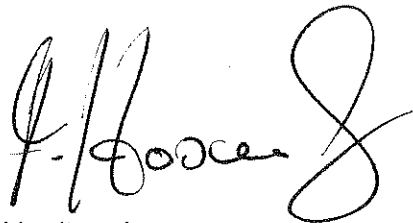
3. § 3 erhält folgende Fassung:

Die 3. Änderungssatzung tritt am 01.01.2016 in Kraft.

Niederschrift zur 7. Sitzung des Hauptausschusses am 12.11.2015

Nichtöffentlicher Teil

10. Mitteilungen
keine
11. Anfragen von Ausschussmitgliedern
keine

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'F. Hoyer', with a large, stylized flourish extending from the end.

Vorsitzender

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'C. Müller', with a long, sweeping flourish extending downwards.

Schriftführer